

PRESSEMITTEILUNG

Bürger.Courage begrüßt Äußerungen von Hilbert und Sittel, hat aber auch Bedenken

Bürger.Courage e.V.
Prießnitzstraße 18
01099 Dresden

presse@buenger-courage.de
www.buenger-courage.de

29. August 2011

Die Dresdner Initiative Bürger.Courage begrüßt den angekündigten Strategiewechsel der Stadt mit Blick auf die Neonazi-Aufmärsche im kommenden Februar. „Damit werden zentrale Forderungen aus der Bürgerschaft endlich aufgenommen“, sagt der Vorsitzende Christian Demuth. „So besteht die Hoffnung, dass endlich eine gemeinsame, parteiübergreifende Gegenwehr gegen die Aufmärsche organisiert wird, hinter der auch die Rathauspitze steht.“ Allerdings äußert der Verein auch Bedenken. Auch in den letzten Jahren habe es positive Entwicklungen gegeben. „Letztendlich haben die Stadt und einige Parteien aber oftmals doch wieder ihr Süppchen gekocht. Die Dresdner Bürgerschaft kann diese Alleingänge nicht gebrauchen“, so Demuth. „Die Gerichtsentscheidungen gegen kurzfristige Planänderungen der Stadtpitze entschuldigt dabei nicht deren mangelndes Engagement im Vorfeld.“

Bürger.Courage befürchtet zudem, dass bei einigen Parteien die Versuchung weiter groß ist, den Jahrestag parteipolitisch zu instrumentalisieren. „Aus unserer Sicht sollen damit die Bürger bedient werden, die einfach in Ruhe gelassen werden wollen. Das halten wir für kurzsichtig und opportunistisch. Alle Parteien und Verantwortlichen in unserer Stadt müssen klar machen: Erstens, Gedenken heißt gegen Nazis sein. Und zweitens werden die Bürger im Februar erst wieder Ruhe haben, wenn es uns gemeinsam und friedlich gelingt, den Nazis die Aufmärsche zu verleiden.“

Die Initiative begrüßt aber, dass die Stadt die zentrale Gegenveranstaltung nicht mehr am 13. Februar planen will, sondern am Tag des Nazi-Aufmarsches selbst. „Damit soll es endlich auch eine zentrale Protestveranstaltung gegen rechtsextreme Umtriebe geben, die sich nicht am Gedenken an die Bombardierung orientiert. Das ist auch bitter nötig“, betont Demuth. Mit dem bayrischen Wunsiedel habe sich Dresden das richtige Vorbild gesucht. „In Wunsiedel haben es die Bürger geschafft, in einer überparteilichen Aktion den Aufmarsch zu unterbinden. Das muss auch hier gelingen. Den fragwürdigen Titel als Stadt mit dem wichtigsten Nazi-Demonstration in Deutschland sollten wir wieder loswerden.“